

gemeinsam gegen Lohndumping durch Zeitarbeit / Leiharbeit für faire Arbeitsbedingungen und den sozialen Schutz der Zeitarbeiter / Leiharbeiter

Am 15. und 16. Juni haben auf Einladung der IG Metall Bayern und mit Unterstützung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, 80 Betriebsräte, Funktionäre der Gewerkschaften und Fachleute aus sechs Ländern über die Probleme, Entwicklung und Umfang der Zeitarbeit / Leiharbeit und ihre Auswirkung auf Arbeitsmarkt, Löhne, Beschäftigung und Tarifverhandlungen diskutiert.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Metallgewerkschaften aus Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Österreich und Bayern haben dabei folgende Resolution beschlossen:

Wir sind besorgt angesichts des dramatischen Wandels in der Zusammensetzung der Arbeitsmärkte. In allen unseren Ländern verdrängt Zeitarbeit / Leiharbeit zunehmend reguläre Beschäftigung. Es ist offensichtlich, dass Zeitarbeit / Leiharbeit kaum neue Arbeitsplätze schaffen kann, sondern lediglich Besetzung von Jobs anders organisiert.

Die gegenwärtig missliche Lage steht im Wesentlichen im direkten Zusammenhang mit der Praxis der Unternehmen, den Arbeitskräfteeinsatz so zu organisieren, dass eine erhöhte Flexibilität erzielt wird.

Die vertretenen Gewerkschaften wenden sich nicht prinzipiell gegen den Einsatz von Zeitarbeitskräften / Leiharbeitskräften. Im Gegenteil: zum Auffangen von Produktionsspitzen und ähnlichen besonderen Situationen kann Zeitarbeit / Leiharbeit ein sinnvolles Instrument betrieblicher Personalpolitik sein.

Mit Sorge sehen wir allerdings, dass immer mehr Unternehmen Zeitarbeit / Leiharbeit nicht zum Ausgleich von Produktionsspitzen einsetzen, sondern um Löhne zu drücken, soziale Mindeststandards zu unterlaufen, Tarifverträge auszuhöhlen und Beschäftigte gegeneinander auszuspielen.

Zahlreiche Arbeitgeber greifen dabei auf aggressive Strategien mit dem Ziel zurück, vor allem nicht zum Hauptgeschäftsbereich gehörende Elemente wie Wartung, Reinigung, Büroarbeiten oder Computerprogrammierung und zunehmend auch Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu Gunsten von spezialisierten Dienstleistungsunternehmen auszulagern.

Gleichzeitig werden diese Strategien vermehrt durch einen massiven Gebrauch von prekären Beschäftigungsverhältnissen jeglicher Art und Zeitarbeitsfirmen / Leiharbeitsfirmen begleitet, die ad hoc oft wesentlich billigere Arbeitskräfte zur Verfügung stellen können.

In den vergangenen Jahren waren die Gewerkschaften in ganz Europa immer wieder den Versuchen der Arbeitgeber ausgesetzt, die Arbeitnehmerrechte zwecks immer mehr Flexibilität auszuhöhlen. Das Ergebnis waren nicht nur größere Flexibilität, sondern auch zunehmend deregulierte, anfällige und instabile Arbeitsmärkte, auf denen die Ungleichheit zunimmt. Laut Argument der Regierungen und Arbeitgeber stellt die Flexibilisierung eine Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Diese Flexibilisierung führt jedoch allzu oft zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, neue Stellen entstehen dadurch nicht, vielmehr beobachten wir zunehmend eine Umwandlung regulärer Arbeitsplätze in Zeitarbeitsplätze / Leiharbeitsplätze.

Die vertretenen Gewerkschaften haben unter gewissen Umständen flexible Formen der Arbeitsorganisation verhandelt und werden dies auch in Zukunft tun. Wir lehnen jedoch jegliche Form von prekären und flexiblen Beschäftigungsverhältnissen ab, die dem

Arbeitnehmer einseitig auferlegt werden und keine angemessenen Gehalts- und Arbeitsbedingungen garantieren. Der derzeitige Trend zur Schaffung von prekären Arbeitsplätzen wird von uns grundsätzlich abgelehnt.

Dieser Trend ist gekennzeichnet durch:

- *wenig oder gar keine Arbeitsplatzsicherheit,*
- *niedrige und vielfach nicht kollektivvertraglich gesicherte Löhne und Gehälter,*
- *fehlende Sozialversicherung (Rentenbezüge, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld),*
- *fehlenden oder mangelnden Kündigungsschutz,*
- *fehlende Möglichkeiten zur berufliche Aus- und Weiterbildung,*
- *geringe bzw. fehlende Sicherheit / Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und*
- *fehlende gewerkschaftliche Interessenvertretung.*

Die verhängnisvolle Folge für die Gewerkschaften besteht darin, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen zu einer Schwächung der Interessensvertretung der Arbeitnehmer führen und damit häufig zur Folge haben, dass Tarifverhandlungen, die soziale Demokratie und das Europäische Sozialmodell untergraben werden.

Die anwesenden Gewerkschaften setzen sich daher zum Ziel:

- *Tarifverhandlungen als ein Instrument zu verwenden, mit Hilfe dessen angemessene Arbeit gefördert und Unsicherheit abgebaut werden können,*
- *die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Arbeitsverträgen zu überwachen,*
- *eine Gleichbehandlung der Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen tarifvertraglich zu gewährleisten*

Die nationalen Regierungen und die Europäische Kommission/den Europäischen Rat rufen wir auf:

- *jegliche Strategie aufzugeben, die auf die Etablierung eines Sektors abzielt, der durch niedrige Löhne und fehlende soziale Garantien geprägt ist,*
- *das Konzept einer weiteren Deregulierung der Arbeitsmärkte in der gesamten EU zu verwerfen,*
- *gesetzliche Regelungen zu beschließen, die gewährleisten, dass für Leiharbeiter / Zeitarbeiter ab dem ersten Tag die gleichen Rechte wie im Entleihbetrieb gewährleistet sind,*
- *die Privatisierung von Dienstleistungen zu vermeiden, die negative soziale Auswirkungen haben,*